

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 1 (neu)

Antragssteller*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Niemanden zurücklassen – der Energiearmut entgegenzutreten

2 Die aktuelle Energiekrise führt zu dramatischen Preissteigerungen bei Heiz- und Stromkosten sowie in
3 der industriellen Produktion und bei Importgütern. Nachfolgend kommt es zu einer allgemeinen ange-
4 botsgetriebenen Inflation.

5 Erdgas- und Rohölpreise sind dramatisch gestiegen. Die Preissteigerungen sind dabei zu einem Teil
6 spekulationsgetrieben, einige Konzerne nutzen die unsichere Lage um erhebliche Übergewinne einzu-
7 streichen. Diese Rohstoffpreise werden bereits jetzt von den Versorgern im Einkauf bezahlt und sich
8 sowohl bei Privatverbraucher*innen als auch in der Wirtschaft niederschlagen. Zu erwarten sind nicht
9 nur Probleme bei den Energiekosten, sondern auch weitere Verteuerungen von Gütern des täglichen
10 Bedarfs und Lebensmitteln.

11 Deutschland und Berlin stehen vor einer enormen Teuerungs- und damit Armutswelle, die in ihren Ket-
12 tenreaktionen in Bildung, Kultur, Wirtschaft, Gesundheit und sozialer Sicherungssysteme bedacht wer-
13 den und in besonderem Maße betroffene Personen(gruppen) berücksichtigen muss. Diese Preissteige-
14 rungen werden nicht vollständig durch entsprechende Lohn-, Renten-, bzw. Transferleistungssteigerun-
15 gen aufgefangen werden können.

16 Das erste Entlastungspaket der Bundesregierung hat Menschen mit mittleren und besonders mit gerin-
17 gen Einkommen nur unzureichend berücksichtigt. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsver-
18 bandes erhielt eine Millionärsfamilie in etwa die gleiche Entlastung wie eine Familie an oder unterhalb
19 der Armutsgrenze. Zielgerichtet an Bedürftige flossen demnach lediglich zwei der knapp 24 Milliarden
20 Euro Finanzhilfen. Die Einmalhilfen decken nicht einmal den Inflationsausgleich ab. Die Anzahl der von
21 Armut betroffenen Menschen ist auch in Berlin rasant angestiegen. Mit 19,6 Prozent ist fast jede fünfte
22 Berlinerin bzw. fast jeder fünfte Berliner von Armut betroffen. Die vom Bundesfinanzminister vorgeschla-
23 genen Einkommenssteuerreformen bringen weitere unnötige Geschenke vor allem für Besser- und Best-
24 verdienende.

25 In Berlin lebt die große Mehrheit der Menschen hingegen von mittleren und geringen Einkommen, die
26 von den Steuerreformen kaum oder gar nicht profitieren. Die finanziellen Polster, die Preissteigerungen
27 selbst aufzufangen, sind in diesen Gruppen angesichts ohnehin steigender Mieten und weiterer Lebens-
28 haltungskosten kaum bis gar nicht vorhanden.

29 Wir werden es demnach mit einer dramatischen Entwertung von Einkommen zu tun bekommen – bis
30 hin zu Zahlungsschwierigkeiten und der Gefahr von Energiesperren und Wohnungskündigungen. Schon
31 lange, so stellt der jüngst erschienene Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes fest, ist
32 das Existenzminimum durch die Regelsätze nicht annähernd gedeckt. Dieses Problem wird sich noch
33 einmal verschärfen, wenn die aktuellen Marktpreise für Energie voll auf die Verbraucherpreise durch-

34 schlagen. In dieser Situation kommt es auf grundsätzliches politisches Umsteuern hin zu mehr Solida-
35 rität und auf eine solidarische Praxis in der Gesellschaft an. Wir dürfen niemanden mit den Folgen dieser
36 Preissteigerungen alleinlassen.

37 **Solidarische Politik**

- 38 • Wir fordern die Bundesregierung auf, effektive Maßnahmen zur Preisregulierung und zur
39 Abfederung sozialer Härten zu ergreifen. Wir brauchen einen Schutzschirm für die Men-
40 schen. Die Grundrente, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts wie das Arbeits-
41 losengeld 2, die Sozialhilfe und das Asylbewerberleistungsgesetz sind entsprechend der In-
42 flation schnellstmöglich anzupassen, ad hoc nach Berechnungen des Paritätischen Wohl-
43 fahrtsverbandes um mindestens 200 Euro monatlich. Zudem müssen die tatsächlichen Kos-
44 ten für Unterkunft und Heizung übernommen werden, damit die Wohnung weiterhin das
45 Zuhause ist. Auch die Höhe und die Bezugsgrenzen des Wohngeldes sowie das BAföG sind
46 schnellstmöglich anzupassen.
- 47 • Wir fordern die Bundesregierung auf, in einem realen Entlastungspaket jedem Haushalt mit
48 geringem und mittlerem Einkommen ein Energiegeld in Höhe von 125 Euro plus 50 Euro für
49 jedes weitere Haushaltsmitglied monatlich zu zahlen.
- 50 • Wir fordern die Bundesregierung und die Ampel-Koalition auf, die Voraussetzungen für einen
51 Preisdeckel für Gas und Strom zu schaffen, um allen bezahlbare Grundkontingente für den
52 Basisverbrauch zur Verfügung zu stellen.
- 53 • Strom- und Gassperren sind gesetzlich ebenso zu verbieten, wie Wohnungskündigungen
54 und Zwangsräumungen, weil die hohen Heizkosten nicht mehr aufgebracht werden können.
- 55 • Wir brauchen endlich einen bundesweiten Mietendeckel, um den mit der Inflation noch mal
56 beschleunigten Anstieg der Mieten deutlich zu begrenzen und zurückzuführen.
- 57 • Wir fordern die Ampel auf, eine Übergewinnsteuer einzuführen, um spekulationsgetriebene
58 Profite für die Abfederung der Energiekrise zu nutzen. Wir erwarten zudem, dass die zielfüh-
59 renden Bestandteile des Entlastungspakets, etwa das 9-Euro-Ticket weiterentwickelt und
60 verstetigt werden.
- 61 • Die Bundesregierung muss die Schuldenbremse aussetzen und die Bildung von notfallbe-
62 dingten Rücklagen ermöglichen. Anderenfalls werden die Bundesländer und Kommunen
63 ihre Aufgaben etwa im Bereich der Daseinsvorsorge nicht mehr wahrnehmen können.
- 64 • Corona-Schnelltests müssen wieder kostenlos zugänglich werden, damit das verantwor-
65 tungsvolle Testen vor dem Besuch gefährdeter Angehöriger oder für den Besuch von Ver-
66 anstaltungen nicht vom Geldbeutel abhängig ist.
- 67 • Der Ausbau von erneuerbaren Energien muss beschleunigt werden. Auch dafür ist eine Aus-
68 bildungs- und Investitionsoffensive notwendig.
- 69 • Wir fordern die Vergesellschaftung von Energieversorgern. Es muss Schluss sein mit den
70 bisherigen Krisenstrategien der Bundesregierung, wonach die Verluste der Unternehmen
71 und Konzerne von der öffentlichen Hand - und damit von den Bürger*innen - bezahlt werden,
72 Gewinne aber sofort wieder privatisiert werden.

73 **Unsere Vorschläge für eine Berliner Landesstrategie gegen Energiearmut:**

- 74 • Die rot-grün-rote Koalition in Berlin hat auf unser Drängen hin bereits mit der Rücklage für
75 Energiekostensteigerungen in Höhe von 380 Millionen Euro einen Puffer geschaffen. Um
76 weitere Spielräume zu schaffen, ist zudem ein Nachtragshaushalt unumgänglich. Zusätzli-
77 che finanzielle Mittel für Unterstützung bei Mehrkosten in Daseinsvorsorge, Kultur, Bildung
78 und Verwaltung sowie in der Trägerlandschaft und den vielfältigen sozialen Beratungsange-
79 boten sind notwendig. Zusätzlich wollen wir gezielt Haushalte mit unteren und mittleren
80 Einkommen unterstützen.
- 81 • Im Rahmen der zu verhandelnden Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Wohn-
82 ungsunternehmen wollen wir Regelungen zur Verhinderung von Kündigungen und Zwangs-
83 räumungen schaffen. Im Rahmen des Wohnungsbündnisses müssen hierzu ebenfalls ver-
84 bindliche Vereinbarungen auch mit den privaten Vermieter*innen getroffen werden. Um
85 Einnahmeausfälle bei den kommunalen Wohnungen kompensieren zu können, brauchen wir
86 einen Fonds zur Stützung der Unternehmen.
- 87 • Es sind Beratungsstellen für Bürger*innen bei energetischer Sanierung einzurichten und zu
88 finanzieren.
- 89 • Die soziale und kulturelle Infrastruktur der Stadt, etwa Stadtteilzentren, Jugend- und Senio-
90 rentreffs, Theater und Bibliotheken sowie zivilgesellschaftliche Organisationen mit entspre-
91 chenden Räumen und Zugängen wollen wir auf die kommenden Herausforderungen einstel-
92 len. Wir wollen Orte der Wärme →. Dafür sind gerade unter den Pandemiebedingungen die
93 Voraussetzungen zu schaffen.
- 94 • Zur schnellen und zielgerichteten Reaktion auf die Armutskrise schlagen wir die Bildung
95 eines Runden Tisches unter Einbeziehung der Sozialverbände, zivilgesellschaftlicher Orga-
96 nisationen und Empowerment-Strukturen, der Bezirke, der Versorger sowie des Senats vor.
97 Wir brauchen Maßnahmepläne, um soziale Härten abzufangen und das öffentliche Leben
98 sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Für die Umsetzung schla-
99 gen wir die Gründung einer Taskforce „Armutsbekämpfung“ der beteiligten Senatsverwal-
100 tungen sowie der Bezirke vor.
- 101 • Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien in Berlin beschleunigen, um uns langfristig
102 unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen. Dabei wollen wir Möglichkeiten prü-
103 fen, den bisher angestrebten Ausbau von Solaranlagen auf Berliner Dächern noch weiter zu
104 erhöhen. Da das Potential der erneuerbaren Energieerzeugung in Berlin mangels Fläche be-
105 grenzt ist, streben wir eine Energiepartnerschaft mit dem Land Brandenburg an.
- 106 • Wir wollen die vollständige Rekommunalisierung der Fernwärme und der GASAG. Eine Bün-
107 delung der Wärmeversorgung Berlins in öffentlicher Hand ermöglicht eine konzertierte Re-
108 duzierung der Erdgasnutzung und Stilllegung des Gasnetzes bei gleichzeitigem Ausbau des
109 Fernwärmenetzes unter Vermeidung von sozialen Verwerfungen. Gaskund*innen, vor allem
110 Mieter*innen, müssen in dieser Phase der Umrüstung vor unbezahlbaren Wärmekosten ge-
111 schützt werden. Bei dem Kaufpreis sind die enormen Herausforderungen in den Wärmenet-
112 zen und der geplante Erdgasausstieg zu berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, dass

113 noch in dieser Legislaturperiode eine verbindliche, langfristige und konkrete Planung für
114 den sozialverträglichen Berliner Erdgasausstieg festgelegt wird.

115 • Nach Rückkauf des Fernwärmenetzes muss dessen Ausbau forciert und die Umstellung der
116 Fernwärmeversorgung auf erneuerbare Wärme und Abwärme deutlich beschleunigt werden,
117 um bis spätestens 2040 komplett aus fossilen Energieträgern auszusteigen. Gleichzeitig
118 muss die bezahlbare Versorgung mit einem Grundbedarf an Wärme für alle sichergestellt
119 werden.

120 • Im Falle einer Rekommunalisierung werden die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten zu un-
121 veränderten Bedingungen und unter Wahrung des Besitzstandes fortgeführt. Basis sind die
122 angewandten Tarifverträge. Das betrifft auch die den Netzen zugeordneten Betriebseinhei-
123 ten oder Gesellschaften, die entsprechende Serviceaufgaben übernehmen. Ziel ist, dass alle
124 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das künftige kommunale Energie-Unternehmen weiter-
125 arbeiten.

126 **Solidarische Praxis in Berlin**

127 • DIE LINKE Berlin lebt Solidarität.

128 • Wir bündeln und verstärken unsere Angebote zur Sozial-, Schulden- und Mietenberatung
129 und bauen damit die Angebote unter dem Motto „DIE LINKE hilft!“ weiter aus.

130 • Unsere Geschäftsstellen und Bürger*innen-Büros sind Orte der Solidarität. Wir öffnen nicht
131 nur für Beratung und Austausch und die Vernetzung von Hilfsinitiativen, sondern auch für
132 die Angebote der Infrastruktur etwa beim Internetzugang oder Druckmaterial. Das Ziel ist
133 neben der Unterstützung der Selbstorganisation auch, politische Initiativen, Ideen und ge-
134 meinsame Projekte zur Bekämpfung von Armut, zu alternativen gesellschaftlichen und poli-
135 tischen Praxen zu entwickeln.

136 **Solidarische Proteste unterstützen**

137 Wir unterstützen und rufen zu Protesten gegen die soziale Kälte der Bundesregierung auf. Wir werben
138 für unsere alternativen Vorschläge zur Verhinderung von Energiearmut und einer breiten Verarmungs-
139 welle bis hin in die Mitte der Gesellschaft durch die hemmungslose Umverteilung von unten nach oben.

140 Wir stellen uns entschieden gegen alle Versuche der AfD und anderer neonazistischer Gruppen, die
141 Proteste für sich zu vereinnahmen, rassistisch aufzuladen und ihre reaktionäre Pro-Putin-Politik zu po-
142 polarisieren.